

Migrationsreport Hessen 2002

Bevölkerung, Ausbildung
und Arbeitsmarkt

Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse

Lothar C. Tischler

Wolfgang Kisseler

Lioba Trabert

FEH-Report Nr.: 637

Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH
(FEH)

Wiesbaden 2002

Eine Veröffentlichung der
Forschungs- und
Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH (FEH)
Postfach 31 07
D-65021 Wiesbaden
Abraham-Lincoln-Straße 38 - 42
D-65189 Wiesbaden
Telefon 0611 / 774-0
Telefax 0611 / 774-313
E-Mail info@feh-hessen.de
Internet <http://www.feh-hessen.de>

Geschäftsführer:
Joachim Lauterbach, Diplom-Volkswirt
Karlheinz Zahn, Diplom-Volkswirt

Vorsitzender des Aufsichtsrates:
Dieter Posch
Hessischer Minister für Wirtschaft,
Verkehr und Landesentwicklung

Nachdruck, -auch auszugsweise- ist
nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplar erbeten.

Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse

Die tatsächliche Zahl der in Hessen lebenden Migranten ist nicht bekannt. Als Hauptgruppen, deren Integration zu fördern ist, können Ausländer und Aussiedler / Spätaussiedler angesehen werden. Aussiedler / Spätaussiedler sind Deutsche und deshalb statistisch nach ihrer Einreise nicht mehr als besondere Gruppe erfassbar. Die Zahl der Ausländer in Hessen ist zwar bekannt, entspricht aber zunehmend weniger der Zahl der ausländischen Zuwanderer und deren Kinder, denn steigende Einbürgerungen schmälern diese Gruppe.

Die **ausländische Bevölkerung** Hessens umfasst 730.500 Personen, 12 % der hessischen Bevölkerung (Stand: 31.12.1999). Seit 1991 geht die Zahl der Ausländer zurück, bedingt vor allem durch die steigende Zahl der Einbürgerungen. Die Ausländer sind eine sehr heterogene Gruppe, zusammengesetzt aus über 160 verschiedenen Staatsangehörigkeiten. Es sind zum Beispiel Personen, die hier geboren sind, aber auch Personen, die erst in den letzten Jahren, aus den unterschiedlichsten Gründen, nach Deutschland kamen, zum Teil keine Deutschkenntnisse besitzen und Integrationshilfe benötigen.

Wie die folgende Abbildung zeigt, bilden die türkischen Staatsangehörigen die bei weitem größte Gruppe. Jeder vierte Ausländer in Hessen ist Türke. Zu den zahlenmäßig zehn größten Staatsangehörigkeiten zählen neben den früheren Anwerbeländern¹ auch Bürger aus Polen und den Vereinigten Staaten.

Die Hauptmotive der Zuwanderungsphasen wirken sich auf die regionale Verteilung der Ausländer in Hessen aus:

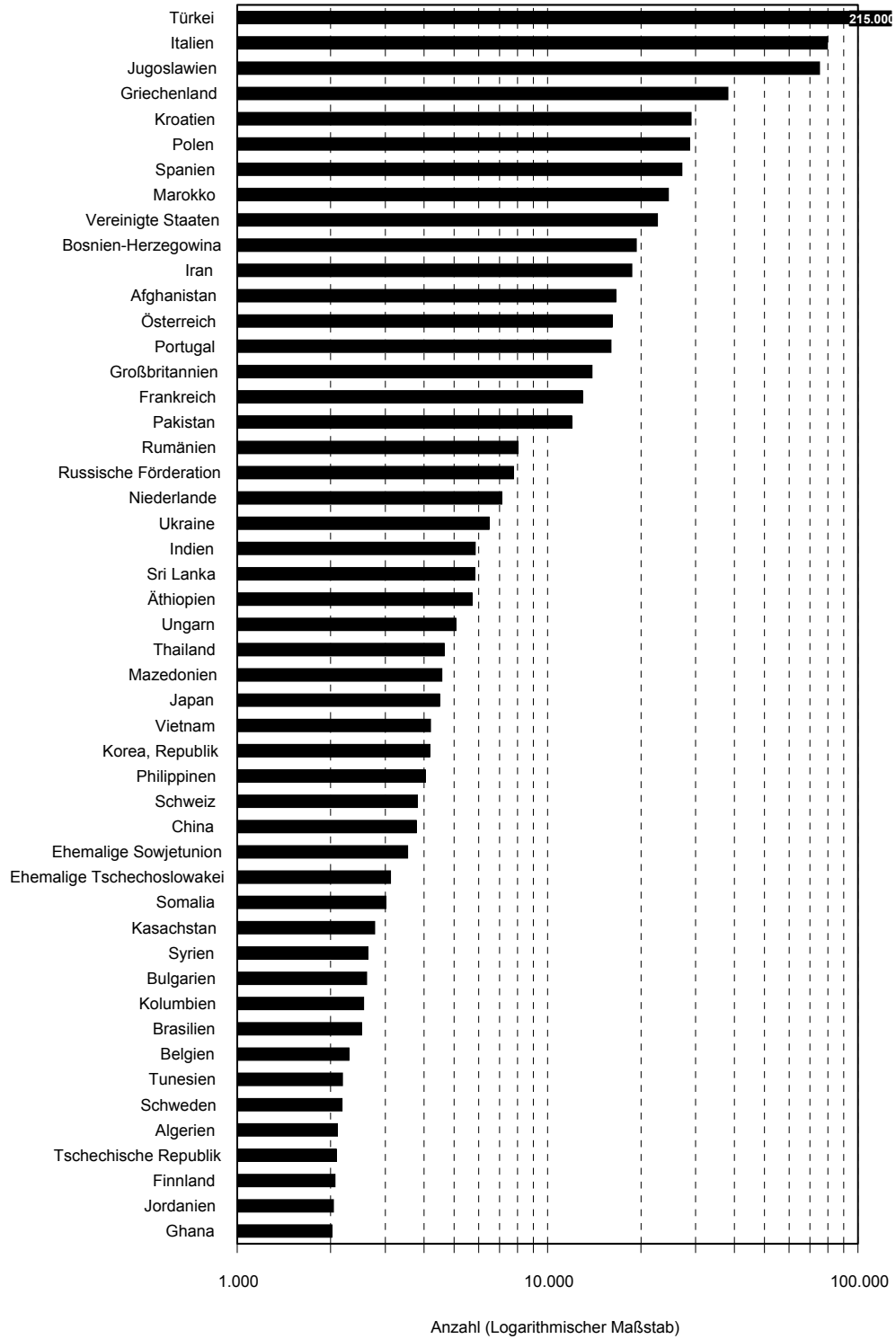
- In der Phase der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte stand die Orientierung auf Arbeitsplätze in gewerblichen Betrieben im Vordergrund. "Die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes spielt für die Wohnstandortwahl von Ausländern generell eine größere Rolle als für die einheimische Bevölkerung".²
- In der Phase der Familienzusammenführung wurde der durch diese Wohnstandortwahl bewirkte Konzentrationsprozess noch verstärkt.
- Im Gegensatz dazu wird die Verteilung der Asylbewerber und der Spätaussiedler auf die hessischen Gebietskörperschaften administrativ geregelt.

1 Griechenland, Italien, Jugoslawien (ehem.), Marokko, Portugal, Spanien, Türkei. Die Zahl der Ausländer aus Tunesien, dem achten Anwerbeland ist in Hessen niedrig.

2 FREUND 1998, S. 79.

Die ausländische Bevölkerung in Hessen am 31.12.1999

(Staatsangehörigkeiten mit mindestens 2.000 in Hessen lebenden Personen)

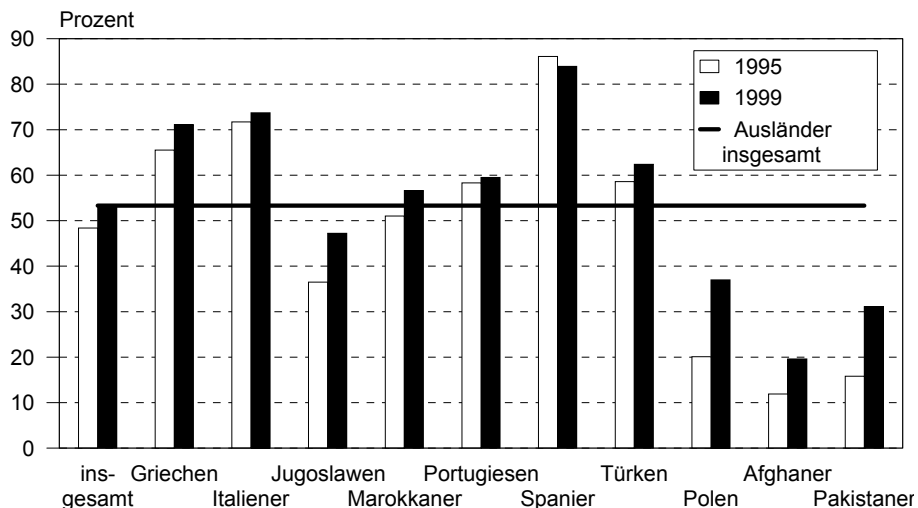


Ausländer leben überwiegend in den hessischen Regionen, in denen sich die meisten Arbeitsplätze befinden. In Südhessen wohnen 77 % aller Ausländer, jedoch nur 59 % der Deutschen. Diese unterschiedliche regionale Verteilung der Ausländer innerhalb Hessens führt zu sehr unterschiedlichen Ausländeranteilen in den Gemeinden. Die Städte Kelsterbach und Dietzenbach weisen dabei mit 32 % bzw. 28 % einen höheren Ausländeranteil als Frankfurt (24 %) und Offenbach (26 %) auf. Die hohen Ausländeranteile in kleineren Gemeinden haben häufig ihren Grund in früheren Anwerbemaßnahmen von Ausländern durch bestimmte örtliche Betriebe wie z. B. Ferrero in Stadtallendorf, Opel in Rüsselsheim oder Pirelli in Breuberg.

Die **Dauer des Aufenthaltes** der Ausländer in Deutschland korreliert, u.a. aufgrund unterschiedlicher Deutschkenntnisse, eng mit ihrer Integrationsfähigkeit und damit den Schul-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen.

Bis Mitte der 80er Jahre stieg die Aufenthaltsdauer der Ausländer stetig an; rund 60 % aller Ausländer lebten schon mindestens 10 Jahre in Deutschland. Danach ging, bedingt durch neue Zuwanderungen, insbesondere aufgrund des Bürgerkrieges in Jugoslawien, aber auch durch Zuwanderungen aus Polen, Afghanistan oder Pakistan, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer wieder zurück. Heute leben 53 % der Ausländer schon mindestens 10 Jahre in Deutschland.

Anteil der Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 10 und mehr Jahren – ausgewählte Staatsangehörigkeiten –



Die längste Aufenthaltsdauer weisen die Spanier auf, 84 % leben schon mindestens 10 Jahre in Deutschland, 75 % sogar schon mindestens 20 Jahre. Von den Italienern und Griechen leben über 70 % schon mindestens 10 Jahre in Deutschland.

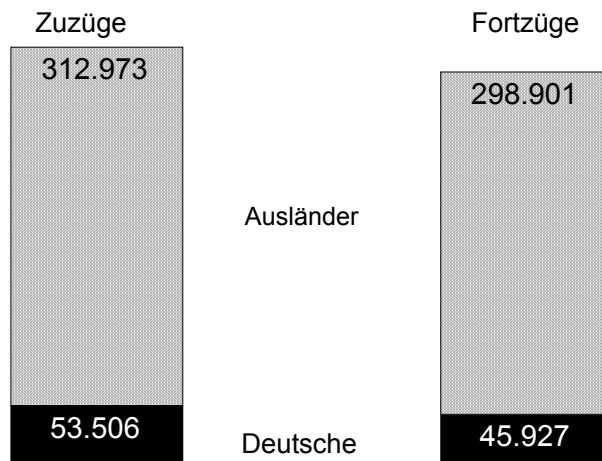
Bestimmt wird die Zahl der in Hessen lebenden Ausländer durch die Zahl der Geburten und Sterbefälle sowie vor allem durch Zu- und Fortzüge aus bzw. nach dem Ausland.

Ausländergeburten gehen seit 1996 leicht zurück. Der Ausländeranteil an den Geburten betrug 1999 18 %, der Ausländeranteil an der Bevölkerung nur knapp 12 %. Ursache für den höheren Geburtenanteil sind die Unterschiede im generativen Verhalten – von ausländischen Frauen werden durchschnittlich mehr Kinder geboren als von deutschen – aber auch die von der deutschen Bevölkerung abweichende Altersstruktur der Ausländer.

In den letzten 10 Jahren sind die **Wanderungen** in die Bundesrepublik überwiegend verursacht durch politische, kriegerische und wirtschaftliche Veränderungen in einer Vielzahl von Ländern. Hinzuweisen ist hier insbesondere auf den Krieg in Jugoslawien, die Auflösung der früheren Sowjetunion und die kriegerischen Auseinandersetzungen im kurdischen Gebiet der Türkei oder in Afghanistan.

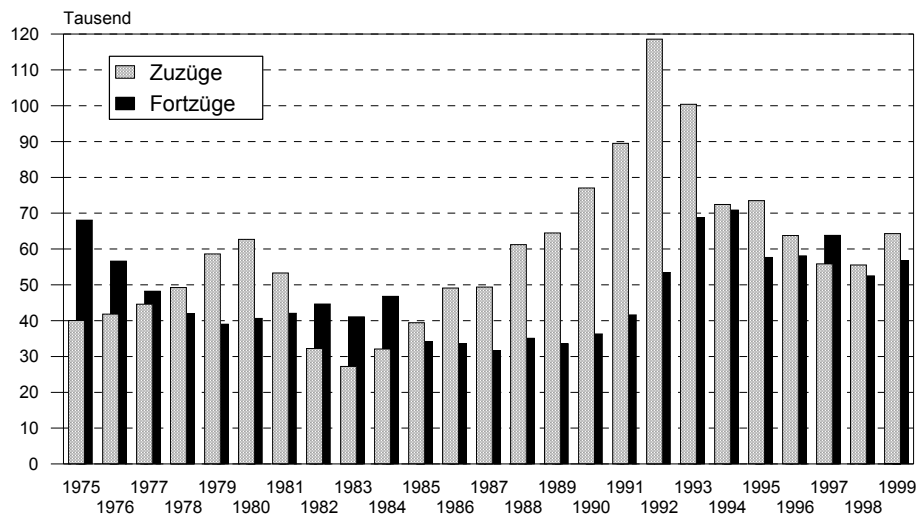
Insgesamt zogen in den letzten fünf Jahren 366.500 Personen aus dem Ausland nach Hessen, von denen 15 % die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. Im gleichen Zeitraum verließen 344.800 Personen Hessen und zogen ins Ausland, darunter 13 % deutsche.

**Zu- und Fortzüge über die Auslandsgrenzen nach und von Hessen
Summe der Jahre 1995 bis 1999**



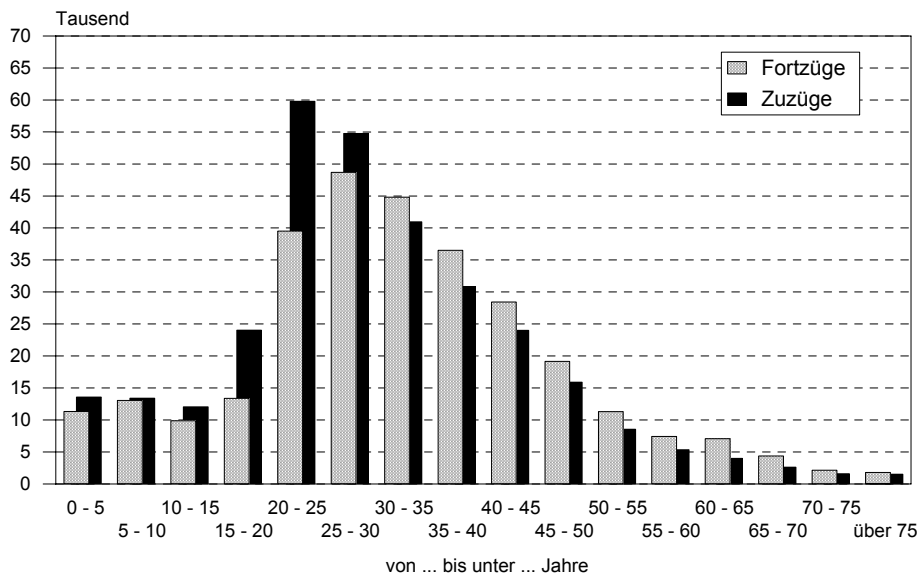
Insbesondere die Zuzüge, aber auch die Fortzüge über die Auslandsgrenzen nach und von Hessen zeigen im Zeitablauf erhebliche Schwankungen, wie die folgende Abbildung verdeutlicht. Der starke Anstieg der Zuzüge zu Beginn der 90er Jahre ist vor allem auf den Zuzug von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien und auf den Zuzug von Aussiedlern zurückzuführen.

Zu- und Fortzüge von Ausländern über die Auslandsgrenzen des Bundesgebietes



Zugezogen und auch fortgezogen sind in den letzten Jahren überwiegend Personen im Alter von 20 bis unter 40 Jahren, wie die Abbildung zeigt. Einen größeren Wanderungsüberschuss gab es bei den 20- bis unter 25-jährigen Ausländern.

Zu- und Fortzüge der Nichtdeutschen nach Altersgruppen - Summe der Jahre 1995 - 1999 -

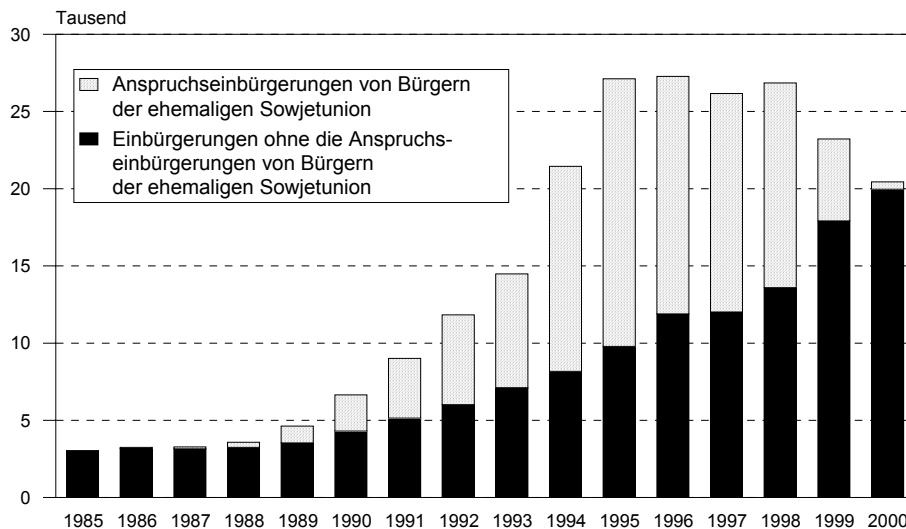


Von den älteren **Ausländern bleiben immer mehr in Deutschland**. Anfang 1990 lebten in Hessen 24.200 Ausländer im Alter von 60 Jahren oder darüber. Im Jahresverlauf zogen 2.600 von ihnen ins Ausland. Dies entspricht einer Rückkehrquote von 11 %. Anfang 1999 hatte sich die Zahl der ausländischen Senioren mit 53.500 Personen mehr als verdoppelt, während die

Zahl der Rückkehrer nur leicht auf 3.000 Personen stieg. Die Rückkehrquote sank so auf knapp 6 %. Besonders niedrige Rückkehrquoten weisen die Marokkaner und Türken auf.

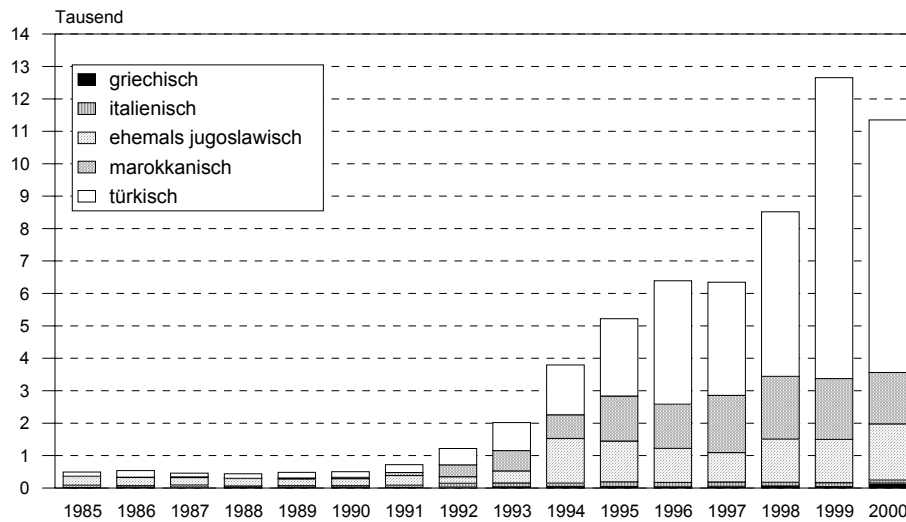
Aufgrund neuer gesetzlicher Regelungen zur **Einbürgerung** von Ausländern (1993) ist die Zahl der Einbürgerungen stark gestiegen. Man unterscheidet zwischen Anspruchseinbürgerungen und Ermessenseinbürgerungen. Die Abgrenzung der beiden Einbürgerungsarten hat sich durch die neuen gesetzlichen Regelungen des Jahres 1999 erheblich verändert. Anspruchseinbürgerungen von Spätaussiedlern bzw. deren Angehörige sind durch die Neuregelung stark zurückgegangen. Diese Zuwanderer werden jetzt gleich als Deutsche erfasst.

Anspruchseinbürgerungen von Bürgern der ehemaligen Sowjetunion und sonstige Einbürgerungen



Durch die gesetzlichen Erleichterungen bei den Einbürgerungen sind die Einbürgerungen von Ausländern gestiegen. Dies gilt vor allem für türkische, marokkanische und ehemals jugoslawische Staatsangehörige. EU-Bürger sehen anscheinend keinen Vorteil in einer Einbürgerung.

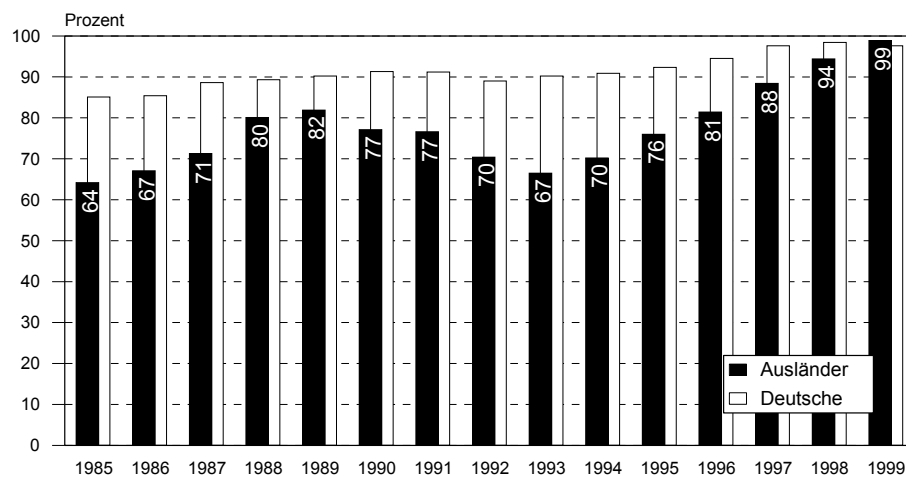
Entwicklung der Einbürgerungen ausgewählter Anwerbeländer



Quelle: Tabelle 4.2

Als positiv für die Integration der ausländischen Kinder und der Kinder von Aussiedlern in die deutsche Schule wird der Besuch vorschulischer Einrichtungen, insbesondere des **Kindergartens** angesehen. Die hessischen Kindertagesstätten wurden 1999 von 217.357 Kindern besucht. Unter ihnen waren 40.038 (18 %) ausländische Kinder und 5.941 (2,7 %) Kinder von Aussiedlern. Einen Kindergarten besuchten Anfang Mai 1999 179.236 Kinder. Bezogen auf die 3- bis unter 6-jährige Wohnbevölkerung ergibt sich eine Kindergartenbesuchsquote von 98 %. Differenziert nach deutschen und ausländischen Kindern beträgt die Quote für deutsche Kinder 97,6 %, für ausländische Kinder 98,9 %.

Entwicklung des Kindergartenbesuchs seit 1985



Quelle: Tabelle 5.3

Wie die Abbildung verdeutlicht, ist die Kindergartenbesuchsquote der ausländischen Kinder seit 1993 stark gestiegen. Die Hoffnung, dass die schulische Integration durch den Besuch vorschulischer Einrichtungen verbessert wird, hat sich jedoch nicht erfüllt. Im Schuljahr 2000/01 wurden im Landesdurchschnitt 21 % der schulpflichtigen ausländischen Kinder vom Schulbesuch zurückgestellt. Ein neuer negativer Rekord, der Wert lag in früheren Jahren nie über 20 %.

Die **Allgemeinbildenden Schulen** in Hessen werden im Schuljahr 2000/01 von 697.200 Schülern besucht, von diesen hatten knapp 104.300 (15,0 %) eine ausländische Staatsangehörigkeit. Der Ausländeranteil ist am höchsten an den Hauptschulen (27,7 %) und den Sonderschulen (25,7 %). An den Gymnasien liegt er mit 7,3 % weit unter dem Gesamtdurchschnitt von 15,0 %.

Seiteneinsteiger sind Kinder, die im Laufe eines Schuljahres erstmals in eine Schule aufgenommen werden. Im Schuljahr 2000/01 wurden 6.932 Seiteneinsteiger erfasst. Von diesen waren 4.582 (66 %) Ausländer und 2.350 Aussiedler. Ausländische Seiteneinsteiger, aber auch die Kinder der Aussiedler haben meist keine oder nur unvollständige Deutschkenntnisse. Für ihre Integration in das Schulsystem werden besondere Fördermaßnahmen "Deutsch als Zweitsprache" durchgeführt. An Intensivkursen für Seiteneinsteiger ohne bzw. mit nur geringen Deutschkenntnissen nahmen im Schuljahr 2000/01 6.437 Schüler teil.

Muttersprachlicher Unterricht war bis zum Schuljahr 2000/01 für die Kinder der Jahrgangsstufe 1 bis 6 aus den "Anwerbeländern" Pflichtunterricht, für die Jahrgangsstufe 7 bis 10 Wahl- bzw. Wahlpflichtunterricht. Mit dem Schuljahr 2000/01 wurde er durch den **Unterricht in der Herkunftssprache als Wahlunterricht** ersetzt. Im Schuljahr 2000/01 besuchten 40.500 ausländische Schüler den Muttersprachlichen Unterricht. Die Teilnahmequote lag bei den einzelnen Staatsangehörigkeiten zwischen 27 % (Bürger des früheren Jugoslawien) und ca. 90 % (Spanier). Im Vergleich zum Vorjahr ging die Teilnahmequote für die Anwerbeländer von 60 % auf 54 % zurück. Regional sind die Teilnahmequoten sehr unterschiedlich. Sie liegen zwischen 1,8 % (Werra-Meißner-Kreis) und 75 % (Stadt Kassel). Hier sind allerdings Auswirkungen der Schuleinzugsbereiche zu berücksichtigen.

Der **Schulbesuch** der Ausländer, d.h. der Anteil der schulpflichtigen Kinder, der tatsächlich die Schule besucht, lag bis 1997/98, statistisch immer unter dem Anteil der deutschen Kinder. In den letzten drei Jahren war die Schulbesuchsquote für die Ausländer erstmals höher als die der Deutschen. Im Schuljahr 2000/01 betrug sie gemäß den statistischen Daten 105 %, die der deutschen Kinder knapp 98 %. Eine mögliche Ursache für die unplausible Schulbesuchsquote kann in der hohen Zahl der Einbürgerungen der letzten Jahre liegen. Ausländische Schüler, die die deutsche Staatsbürgerschaft

erworben haben, werden von der Schulstatistik möglicherweise weiter als Ausländer erfasst, während die Bevölkerungsfortschreibung diese Personen als Deutsche ausweist. Für diese Vermutung spricht der leichte Rückgang (zirka 2 Prozentpunkte) der Schulbesuchsquote der deutschen Schüler. Diese 2 Prozentpunkte entsprechen ca. 6000 Schülern in der Altersgruppe von 8 bis unter 14 Jahre. Werden diese 6.000 Schüler bei den ausländischen Schülern hinzu gerechnet, ergibt sich eine Schulbesuchsquote von 95 %, die plausibel erscheint.

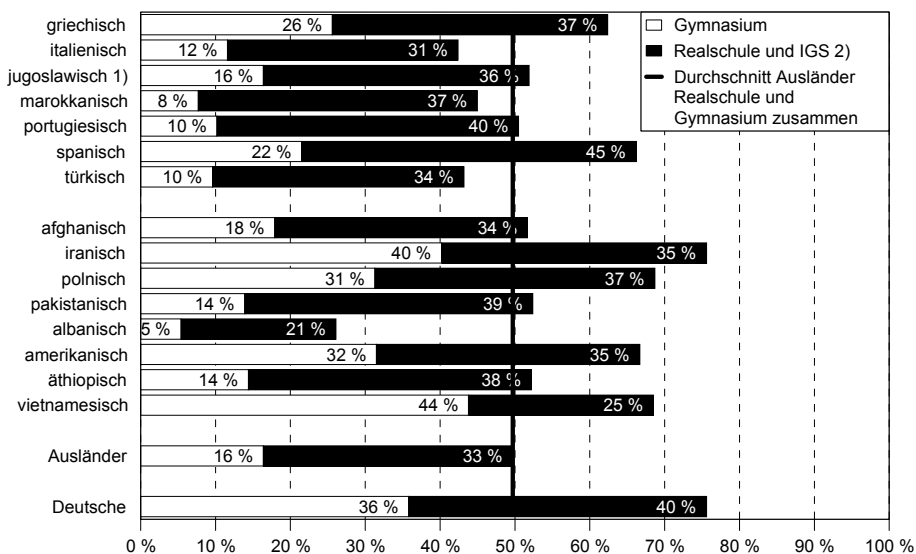
Die **Bildungsbeteiligung**, d.h. der Besuch weiterführender Schulen, ist bis Mitte der 90er Jahre bei den ausländischen Kindern kontinuierlich angestiegen. Zur Zeit ist jedoch eine Stagnation bzw. nur eine geringe Zunahme im Übergang auf weiterführende Schulen festzustellen. Inwieweit sich dabei Veränderungen der Sozialstruktur innerhalb der Gruppe der Ausländer und auch bei den Deutschen (Zunahme der Aussiedler mit fehlenden Deutschkenntnissen) auswirken, konnte anhand des Datenmaterials nicht geklärt werden. Für die Aussiedler ist jedoch bekannt, dass die in den letzten Jahren zugezogenen Personen geringere Deutschkenntnisse aufweisen als die aus früheren Jahren.

Bei den einzelnen Schularten fällt auf, dass:

- **Sonderschulen** überdurchschnittlich von Albanern, Italienern, Portugiesen und Pakistani besucht werden,
- **Realschulen**, auch im Vergleich zu den deutschen Schülern, überdurchschnittlich von spanischen, portugiesischen und polnischen Kindern und
- **Gymnasien** überdurchschnittlich von vietnamesischen, amerikanischen und polnischen Kindern. Von den Schülern aus den Anwerbeländern besuchen vor allem griechische und spanische Kinder das Gymnasium.

Betrachten wir nur den Besuch von Realschule und Gymnasium, wobei die 14-jährigen Schüler der Integrierten Gesamtschule nach ihrem Schulabschluss auf die anderen Schulformen umgerechnet wurden, ergibt sich das folgende Bild:

Anteil der 14-jährigen Schüler, die die Realschule oder das Gymnasium besuchen – ausgewählte Staatsangehörigkeiten 1999/2000 –

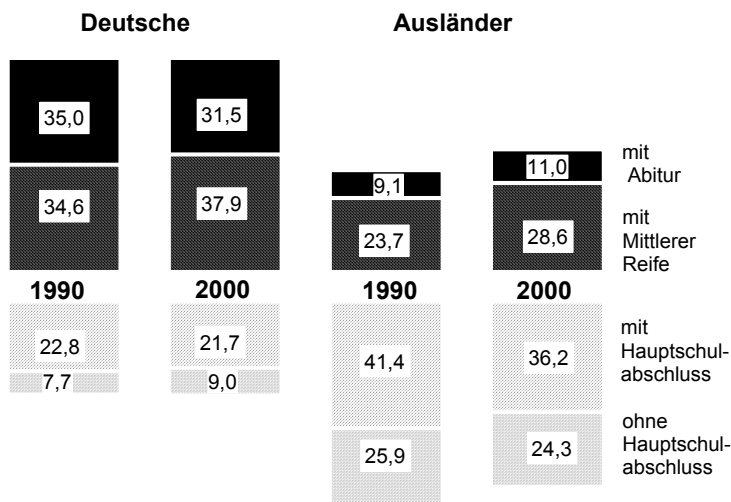


1) Staatsangehörigkeiten des früheren Jugoslawien
 2) Berechnet nach dem Anteil der Abgänger der Integrierten Gesamtschule mit Mittlerer Reife

Der Besuch weiterführender Schulen ist besonders niedrig für Albaner, Italiener, Türken und Marokkaner. Bei diesen Staatsangehörigkeiten ist der Besuch des Gymnasiums besonders niedrig, mit Ausnahme der Marokkaner und der Türken, ist aber auch der Besuch der Realschule unterdurchschnittlich.

Die Schulabschlüsse aller Schulabgänger der Allgemeinbildenden Schulen zeigt die folgende Abbildung.

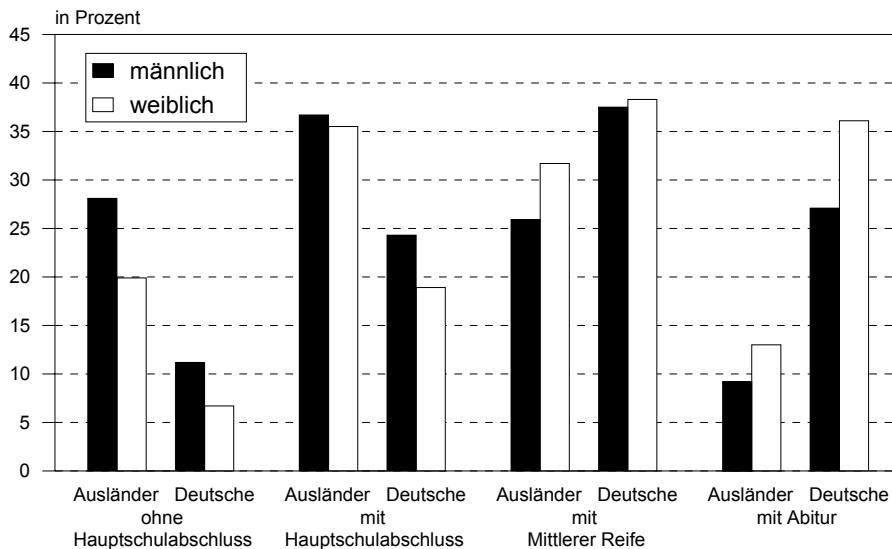
Schulabgänger der Allgemeinbildenden Schulen nach ihrem Schulabschluss im Jahr 1990 und 2000



Quelle: Tabelle 6.29A und B

Betrachtet man den Schulerfolg getrennt nach Jungen und Mädchen, so zeigt sich, dass Mädchen das Allgemeinbildende Schulsystem wesentlich erfolgreicher durchlaufen als ihre männlichen Mitschüler: Ihr Schulabschlussniveau ist erheblich höher, wie die folgende Abbildung zeigt.

Männliche und weibliche Schulabgänger nach ihrem Schulabschluss im Jahr 2000



Quelle: Tabelle 6.29A und B

Im Vergleich zu den deutschen Schülern ist der **Schulerfolg** der ausländischen Kinder unbefriedigend.

- Ausländische Kinder werden mehr als doppelt so häufig vom Schulbesuch zurückgestellt wie deutsche Kinder.
- Ausländische Kinder bleiben drei- bis viermal so häufig sitzen wie deutsche Kinder.
- Mehr als doppelt so viele ausländische Kinder wie deutsche Kinder besuchen die Sonderschule.
- Der Anteil eines Altersjahrgangs der die Hauptschule besucht, ist bei den ausländischen Kindern doppelt so hoch wie bei den deutschen Kindern. Dagegen ist umgekehrt der Anteil der deutschen Kinder am Gymnasium doppelt so hoch wie der ausländischen.
- Jeder dritte ausländische Hauptschulabgänger verlässt die Schule ohne Schulabschluss, von den deutschen nur jeder Fünfte.
- Nur jeder zehnte ausländische Schüler erreicht das Abitur, von den deutschen jeder Dritte.

Der Vergleich des Bildungserfolgs männlicher und weiblicher ausländischer (aber auch deutscher) Kinder zeigt Folgendes:

- Mehr Jungen als Mädchen werden vom Schulbesuch zurückgestellt (männlich 24 %, weiblich 17%).
- Mehr Jungen als Mädchen bleiben sitzen.

- Mehr Jungen als Mädchen besuchen die Sonderschule (Jungen 10,3 %, Mädchen 7,5 %).
- Mehr Jungen als Mädchen besuchen die Hauptschule und umgekehrt mehr Mädchen als Jungen das Gymnasium.
- Mehr Jungen als Mädchen verlassen die Hauptschule ohne Schulabschluss (männlich 35 %, weibliche 28 %).
- Weniger Jungen als Mädchen erhalten ein Abiturzeugnis.

Die für Jungen und Mädchen unterschiedliche Bildungssituation gilt nicht nur für die ausländischen, sie gilt auch für die deutschen Kinder. In den 70er Jahren sprachen Bildungsplaner von einer Benachteiligung der Mädchen im Schulsystem, heute kann, in Umkehrung, von einer Benachteiligung der Jungen gesprochen werden.

Das Niveau der Schulabschlüsse der ausländischen Schulabgänger verbessert sich weiter. Der Anteil mit Abitur stagniert zwar, jedoch steigt der Anteil mit Mittlerer Reife. Die Entwicklung verläuft ähnlich der der deutschen Kinder in der Vergangenheit. Kinder aus der "Arbeiterschicht" qualifizierten sich zuerst über eine mittlere Schullaufbahn (Realschule). Erst später stieg der Besuch des Gymnasiums.

Als negativ muss die Zunahme des Anteils der Schulabgänger ohne Schulabschluss angesehen werden. Ursache sind, zumindest teilweise, die Zuwanderungen (Seiteneinsteiger) von Kindern und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter. Diese Personen senken statistisch den "Schulerfolg" der zweiten und dritten Ausländergeneration. Die zuziehenden Kinder der Aussiedler senken statistisch den Schulerfolg der deutschen Kinder.

Bei den früher zugezogenen und auch bei den derzeitigen Zuwanderern handelt es sich um Personen mit sehr unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen. Das gilt für die Personen der einzelnen Herkunftsländer, für die Gruppen innerhalb eines Herkunftslands, aber auch für die deutschen Personen. Eine Differenzierung nach den Bildungsvoraussetzungen / der Sozialstruktur, die die Ausländer/Aussiedler "mitbringen" bzw. aufweisen ist aufgrund der Datenlage nicht möglich.

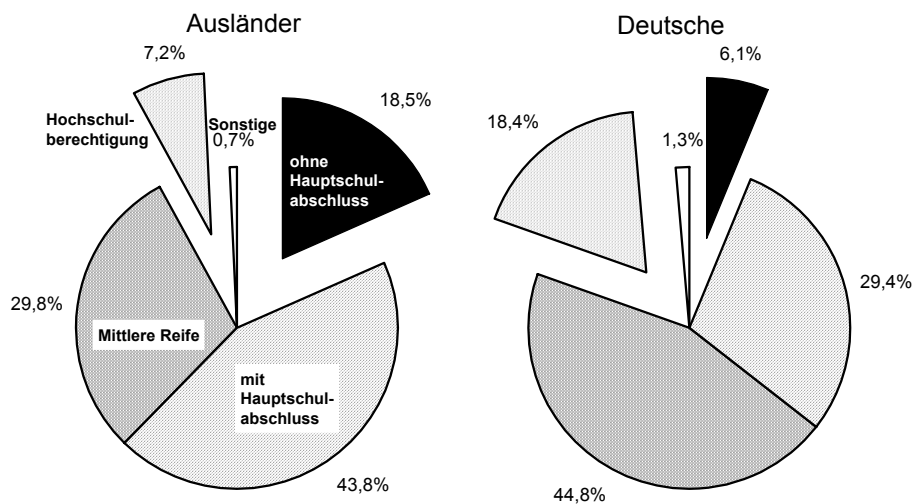
Berufliche Schulen werden im Schuljahr 2000/01 von 24.150 Ausländern besucht. Sie stellen 13 % der Schüler. Knapp 17.500 besuchen die Berufsschule in Voll- und Teilzeitform. In den einzelnen Schularten liegt der Ausländeranteil zwischen 6,6 % an Fachschulen und 18,1 % an Berufsfachschulen. Während der Ausländeranteil für die Berufsschulen insgesamt nur 12,9 % beträgt, liegt er im Berufsvorbereitungsjahr und in den EBA-Lehrgängen (Eingliederungs-Lehrgänge in die Berufs- und Arbeitswelt) mit 32,7 % bzw. 41,1 % besonders hoch. Beim Berufsvorbereitungsjahr und den EBA-Lehrgängen handelt es sich um vollzeitschulische Maßnahmen für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag. Für die untersuchten Anwerbeländer

wurde der über- bzw. unterdurchschnittliche Schulbesuch berechnet. Deutlich sind die Abweichungen bei den Fachschulen, Fachoberschulen und Beruflichen Gymnasien:

- **Fachschulen**, die überwiegend eine berufliche Weiterqualifizierung ermöglichen, werden überdurchschnittlich von Portugiesen und Spaniern, unterdurchschnittlich von Marokkanern und Türken besucht.
- Der Besuch der **Fachoberschule** ist, mit Ausnahme von Jugoslawen (ehemalig) und Türken, unterdurchschnittlich.
- Das **Berufliche Gymnasium** wird überdurchschnittlich von Portugiesen besucht; wenig dagegen von Italienern und Spaniern.

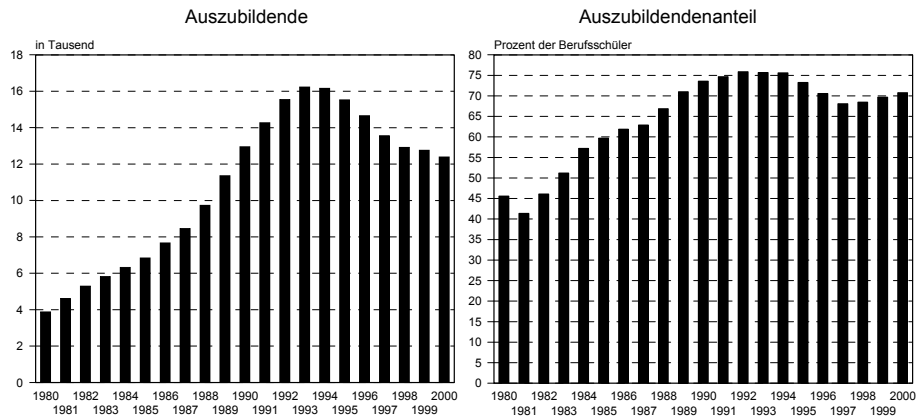
Die im Vergleich zu den deutschen Schülern ungünstigen Bildungsvoraussetzungen, die bei der Untersuchung der Schulabschlüsse der Allgemeinbildenden Schulen festgestellt wurden, werden durch die **schulische Vorbildung der Berufsschüler** bestätigt. Von den ausländischen Berufsschülern besitzen 19 % keinen Schulabschluss, 44 % den Hauptschulabschluss, 30 % die Mittlere Reife und nur 7 % das Abitur oder die Fachhochschulreife. Das Abschlussniveau der deutschen Schüler ist dagegen wesentlich höher.

Deutsche und ausländische Schüler der Berufsschulen nach ihrem Schulabschluss im Jahr 2000



Die **Ausbildungsstellensituation** hat sich in den letzten Jahren stetig verschlechtert. Hiervon sind auch die ausländischen Jugendlichen in Hessen betroffen. Bis 1993 stieg die Zahl der ausländischen Auszubildenden an und gleichzeitig hat sich auch der Anteil der Berufsschüler mit einem Ausbildungsvertrag stetig erhöht.

Ausländische Berufsschüler mit einem Ausbildungsvertrag und Anteil der ausländischen Berufsschüler mit einem Ausbildungsvertrag

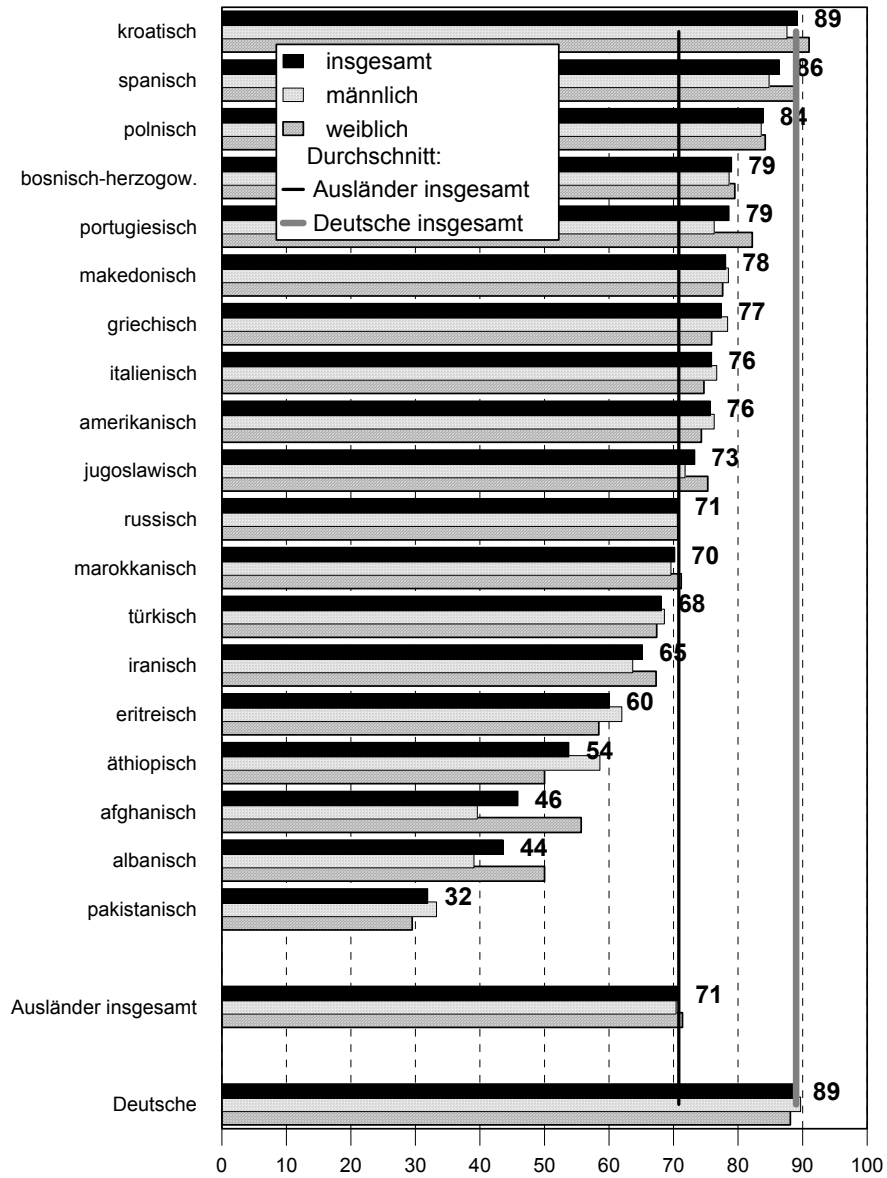


Der Abstand zu dem Auszubildendenanteil der deutschen Berufsschüler ist von 43 Prozentpunkten im Jahr 1980 auf 16 Prozentpunkte 1993 zurückgegangen. Seitdem geht die Schere jedoch wieder auseinander, 1997 betrug die Differenz 20 Prozentpunkte.

1997 gab es 13.555 ausländische Auszubildende. Von diesen hatten 4.585 (33,8 %) die türkische Staatsangehörigkeit. Zweitstärkste Gruppe bildeten die italienischen Jugendlichen mit 1.584 Auszubildenden (11,7 %).

Wie die folgende Abbildung verdeutlicht, sind die Anteile mit einem Ausbildungsvertrag bei den einzelnen Staatsangehörigkeiten sehr unterschiedlich.

Anteil der Berufsschüler mit einem Ausbildungsvertrag im Schuljahr 2000/01 – Staatsangehörigkeiten mit mindestens 100 Schülern –

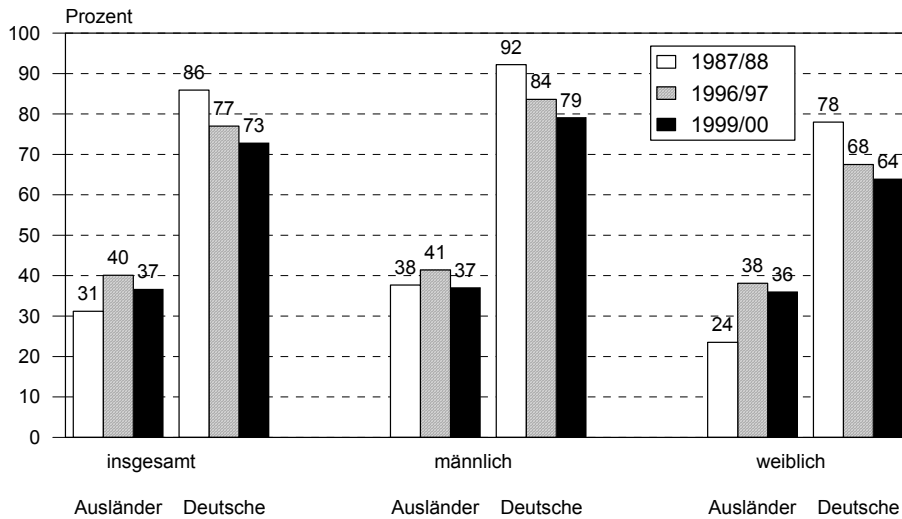


Quelle: Tabelle 8.4

Prozent

Bei den bisherigen Daten über die Ausbildungssituation der ausländischen Jugendlichen muss jedoch berücksichtigt werden, dass nur die Ausländer erfasst sind, die tatsächlich die Berufsschule besuchen. Beziehen wir die Ausländer, die einen abgeschlossenen Ausbildungsvertrag erhalten haben, auf alle berufsschulpflichtigen Ausländer im Alter von 15 bis unter 18 Jahren, dann erhalten wir erst den "wahren Wert" für die **Duale Ausbildungsquote**. Diese liegt bei den Deutschen erheblich über der der Ausländer, wie die Abbildung zeigt.

Ausbildungsquote für die 15- bis unter 18-jährigen berufsschulpflichtigen Jugendlichen



Quelle: Tabelle 7.4A bis C

Jugendliche ohne Hauptschulabschluss erhalten nur selten eine Ausbildungsstelle. Mit ungünstigerer Ausbildungsmarktsituation hat sich der Anteil, der keinen Ausbildungsvertrag hatte, weiter erhöht. Auch der Anteil der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss, der einen Ausbildungsvertrag besitzt, ist rückläufig.

Junge Ausländer haben, wie die Untersuchung zeigt, einen wesentlich höheren Anteil an Schulabgängern ohne Schulabschluss als die Deutschen. Vor allem hiermit lässt sich ihr niedrigerer Auszubildendenanteil erklären. Zwischen Deutschen und Ausländern mit Mittlerer Reife oder Hochschulreife bestehen hingegen keine Unterschiede beim Erwerb einer Ausbildungsstelle.

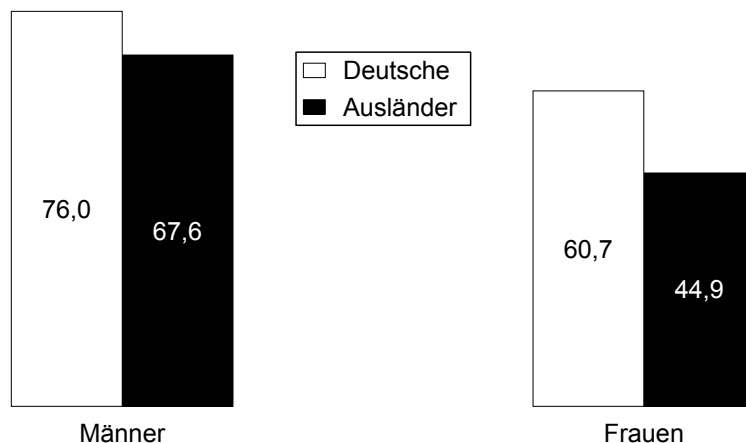
Das Spektrum der angebotenen **Ausbildungsberufe** wird von ausländischen Schulabgängern weniger genutzt als von deutschen. Für die 15 von männlichen Jugendlichen am häufigsten gewählten Berufe haben sich 57 % der männlichen Ausländer, aber nur 44 % der Deutschen entschieden. Bei den Ausländerinnen ist die Berufswahl noch stärker eingeschränkt. Knapp 16 % werden als Friseurin ausgebildet, bei den Deutschen sind es nur etwa 5 %. In den 15 am häufigsten gewählten Berufen sind 77 % der Ausländerinnen, aber nur 68 % der deutschen Frauen in Ausbildung.

Die Auswertungen zur **Arbeitsmarktsituation von Ausländern** in Hessen verdeutlichen, dass es zwischen Deutschen und Ausländern nach wie vor erhebliche Unterschiede in der Erwerbstätigkeit gibt. Die **Erwerbstätigenquote** liegt für die Deutschen im Jahr 2000 bei 68% und damit fast 12 Prozentpunkte über der für Ausländer. Allerdings sind die Strukturen nicht für alle Nationalitäten homogen. So weist die Gruppe der Ausländer aus EU-

Staaten insgesamt eine höhere Erwerbstätigenquote auf als die Deutschen. Eine überdurchschnittlich hohe Erwerbstätigkeit ist für Ausländer aus Kroatien, Griechenland und Spanien zu beobachten. Türken, als bevölkerungsstärkste Ausländergruppierung in Hessen, liegen mit einer Erwerbstätigenquote von knapp 49% hingegen deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt für Ausländer.

Die **geschlechtsspezifische Beteiligung am Arbeitsmarkt** zeigt sowohl für Deutsche als auch für Ausländer einen im Vergleich zur Erwerbstätigenquote der Männer geringeren Anteil erwerbstätiger Frauen. Allerdings ist der Abstand zwischen männlicher und weiblicher Berufstätigkeit bei Ausländern noch größer als bei Deutschen. In Hessen sind im Jahr 2000 rund 61% der deutschen Frauen und lediglich knapp 45% der ausländischen Frauen im Alter zwischen 15 und 65 Jahre erwerbstätig.

Erwerbstätigenquote von Männern und Frauen



Von **Erwerbslosigkeit** sind Ausländer mehr als doppelt so häufig betroffen wie Deutsche: Im Mai 2000 waren von den deutschen Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 65 Jahren 6% ohne Arbeit, für Ausländer lag die entsprechende Quote bei über 14%. Positiv ist zu bewerten, dass die Erwerbslosenquote in den vergangenen drei Jahren (seit 1997) bei Ausländern relativ stark gesunken ist. Allerdings ist sie derzeit immer noch doppelt so hoch wie bei Deutschen und weist damit auf deutlich schlechtere Arbeitsmarktchancen für Ausländer hin.

Differenziert nach **Regionen in Hessen** zeigt sich, dass insbesondere im Vogelsbergkreis Ausländer relativ häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Dort ist die Ausländer-Arbeitslosenquote 3,5-fach höher als die regionale Gesamt-Arbeitslosenquote.

Bei einer Fokussierung auf **die jüngere Generation** ist zunächst zu erwarten, dass sich im Hinblick auf die Arbeitsmarktsituation geringere Diskrepan-

zen zwischen Deutschen und Ausländern zeigen, da hier am ehesten ähnliche Voraussetzungen für eine Partizipation am Arbeitsmarkt in Form gleicher schulischer und beruflicher Ausbildung gegeben sein können. Ein Vergleich der Indikatoren zeigt jedoch, dass im Hinblick auf die Beteiligung am Erwerbsleben auch zwischen jüngeren Deutschen und Ausländern teilweise erhebliche Unterschiede bestehen. Die Erwerbstätigenquote der Ausländer in Hessen im Alter von 15 bis 25 Jahren liegt bei knapp 48% und ist damit 6 Prozentpunkte geringer als bei Deutschen im gleichen Alter. Erschreckend sind die Unterschiede bei der Erwerbslosigkeit: Mit knapp 12% übertrifft die Erwerbslosenquote der jungen Ausländergeneration den deutschen Vergleichswert um mehr als 5 Prozentpunkte.

Auch im Hinblick auf die **Stellung im Beruf** bestehen für jüngere ähnliche Strukturen wie für ältere Ausländer: Insgesamt arbeiten in Hessen fast 60% der deutschen Erwerbstätigen als Angestellte und 30% als Arbeiter. Bei Ausländern ist es fast umgekehrt: 57% Arbeiter und 35% Angestellte.

Von besonderem Interesse ist die Zahl der ausländischen **Selbständigen**, da ein verstärkter Trend in die Selbständigkeit häufig als Konvergenz an die Beschäftigungsstrukturen der deutschen Bevölkerung gedeutet wird. In Hessen gab es im Jahr 2000 unter den ausländischen Erwerbstätigen 8,6%, das sind rund 26.000 selbständige Existenzen. Die Quote liegt damit zwar unterhalb der Vergleichsquote der Deutschen (11,3%), allerdings ist der Unterschied geringer als beim Vergleich der Arbeiter- und Angestelltenquoten. Ausländer aus den EU-Ländern entscheiden sich genau so häufig für die Selbständigkeit wie Deutsche, ihre Selbständigenquote liegt gleichfalls bei 11,3%. Außergewöhnlich hoch ist die Selbständigenquote bei Italienern (12,8%). Weniger Mut zur Selbständigkeit haben offensichtlich Ausländer aus europäischen Nicht-EU-Ländern, hier liegt der Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen nur bei rund 6%. Türken stellen mit 5.000 Selbständigen zwar die größte Gruppe der ausländischen Selbständigen in Hessen dar, allerdings sind von 100 erwerbstätigen Türken nur 7 selbständig. Damit ist die Selbständigenquote vergleichsweise gering.

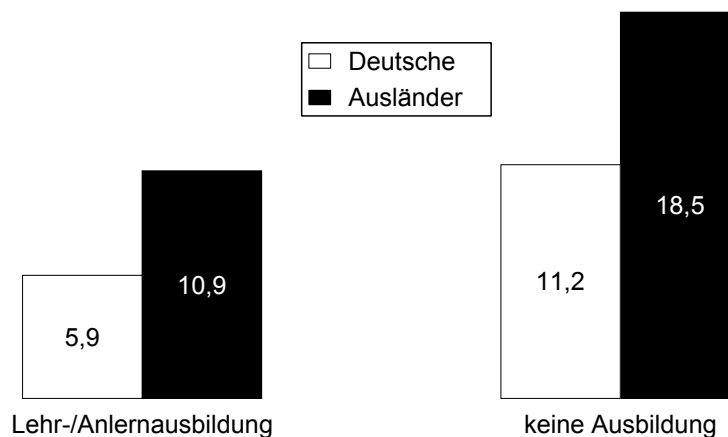
Die **Branchenverteilung der ausländischen Selbständigen** weicht erheblich von derjenigen deutscher Selbständiger ab. Ausländische Selbständige arbeiten vor allem im Handel und Gastgewerbe, wo rund 45% von ihnen tätig sind, während dies für lediglich knapp 24% der deutschen Selbständigen zutrifft. Das Gastgewerbe gilt bereits seit längerem als traditioneller Schwerpunkt ausländischer Selbständigkeit.

Ein Vergleich der **beruflichen Ausbildung** zeigt für Ausländer im Durchschnitt ein geringeres Qualifikationsniveau als für Deutsche. So haben 58% der Hessen im Alter zwischen 30 und 35 Jahre mit deutscher Staatsangehörigkeit eine Lehrausbildung abgeschlossen, bei den im Land lebenden Ausländern liegt die Quote nur bei rund einem Drittel. Fast die Hälfte aller in

Hessen lebenden Ausländer in der Altersgruppe 30 bis 35 Jahre haben gar keinen beruflichen Abschluss, während dies nur für jeden zehnten Deutschen zutrifft.

Der Grund für die geringeren Chancen beim Wettbewerb um Arbeitsplätze beschränkt sich jedoch nicht allein auf die schlechteren beruflichen Qualifikationen. Dies wird deutlich, wenn man die Erwerbslosenquoten von Deutschen und Ausländern im Alter von 30 bis 35 Jahren bei gleichwertigem beruflichem Abschluss betrachtet. Die Erwerbslosenquote für Deutsche mit einer Lehr- oder Anlernausbildung beträgt knapp 6%, bei Ausländern mit gleicher Qualifikation liegt sie hingegen bei rund 11% und ist damit fast doppelt so hoch. Anhand der Auswertungen wird die Tatsache deutlich, dass Deutsche ohne berufliche Ausbildung nahezu die gleichen Arbeitsmarktchancen haben wie Ausländer mit einer Lehr- oder Anlernausbildung.

Erwerbslosenquoten von Deutschen und Ausländern nach ausgewählten beruflichen Qualifikationen



Im Hinblick auf die **berufliche Weiterbildung** zeigen die Auswertungen für Ausländer eine etwas geringere Teilnahmequote als für Deutsche: Während knapp 10% der Hessen mit deutscher Staatsangehörigkeit an einer beruflichen Weiterbildung oder Umschulung teilgenommen haben, trifft dies nur für rund 8% der Hessen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zu.

Grundsätzlich bestätigen die deskriptiven Analysen viele andere Studien, die zeigen, dass die Ursachen für ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko in erster Linie durch die Aus- und Weiterbildungsstruktur, die Branchenzugehörigkeit sowie die berufliche Stellung der ausländischen Erwerbstätigen determiniert wird. Ausländer konzentrieren sich häufig in Branchen und Berufen, in denen strukturell bedingt ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko herrscht. Darüber hinaus weisen Ausländer eine im Vergleich zu Deutschen schlechtere berufliche Qualifikation auf, sind deutlich öfter als Hilfsarbeiter beschäftigt und

nehmen seltener an beruflicher Weiterbildung teil. Insgesamt dürften sich aber auch Faktoren wie Sprachfähigkeit und Aufenthaltsdauer auswirken.

Die Arbeitsmarktstrukturen haben direkte Auswirkungen auf die **Einkommenssituation** von Ausländern. Das Erwerbseinkommen ist zwar sowohl für Ausländer als auch für Deutsche die wichtigste Einkommensquelle, allerdings bezieht ein deutlich größerer Anteil der Ausländer Sozialhilfe. Insgesamt stellt die Sozialhilfe in Hessen für gut 1% der erwerbsfähigen Deutschen und für 8% der Ausländer die primäre Einkommensquelle dar. Auf Leistungen der Sozialhilfe sind insbesondere Ausländer aus dem nichteuropäischen Ausland angewiesen; gut 15% bestreiten ihren Lebensunterhalt in erster Linie von Sozialhilfe. **Arbeitslosenunterstützung** spielt für Ausländer ebenfalls eine größere Rolle als für Deutsche. Bedingt durch die höhere Erwerbslosigkeit der ausländischen Bevölkerung beziehen knapp 6% der Ausländer Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe als primäre Einkommensquelle (Deutsche: 3%).

Ein Vergleich der **Haushaltseinkommen** von deutschen und ausländischen Haushalten in Hessen zeigt, dass das durchschnittliche Haushaltseinkommen von Ausländern geringer ist als das von Deutschen. Nur 31% der ausländischen Haushalte kommen auf ein monatliches Nettoeinkommen von über 4.000 DM, bei den deutschen Haushalten sind es immerhin gut 43%. Die Einkommensunterschiede werden noch deutlicher, wenn die Haushaltsgröße berücksichtigt wird. In ausländischen Haushalten leben in der Regel mehr Personen als in deutschen Haushalten, was die schlechte Einkommenssituation der ausländischen Haushalte noch verschärft.

Ein Vergleich der **persönlichen Nettoeinkommen** zeigt in Analogie zur Untersuchung der Haushaltseinkommen, dass Ausländer über ein geringeres persönliches Einkommen verfügen. 26% der Ausländer haben ein monatliches Einkommen unter 1.000 DM (Deutsche: 17%). Mehr als 5.000 DM stehen hingegen nur knapp 5% der Ausländer zur Verfügung, wohingegen dies für immerhin 11% der Deutschen gilt. Die insgesamt ungünstigere Einkommenslage für Ausländer resultiert zum einen aus der geringeren Erwerbsbeteiligung der Ausländer und zum anderen aus den – bedingt durch die Qualifikations- und Berufsstrukturen – niedrigeren Erwerbseinkommen bei Ausländern.

Die **Wohnung** ist als Ausgangspunkt für Erholung, Familienleben und soziale Kontakte anzusehen. Defizite im Wohnbereich wirken sich nicht nur negativ auf das individuelle Wohlbefinden, sondern auch auf die gesellschaftliche Situation aus. Im Hinblick auf die Integration ist eine positiv empfundene Wohnsituation sicherlich als förderlicher Beitrag zu bewerten.

Die Auswertungen zu den **Eigentumsverhältnissen von Wohnraum** zeigen, dass deutlich weniger ausländische Haushalte Wohneigentum bilden

als deutsche Haushalte. Während fast 46 % der deutschen Haushalte Eigentümer von Wohnraum sind, liegt die Vergleichsquote bei Haushalten mit ausländischer Bezugsperson bei knapp 12%.

Ausländische Haushalte in Hessen verfügen im Durchschnitt über knapp 28 qm Wohnfläche pro Person. Dem steht eine durchschnittliche Wohnfläche von 45 qm für deutsche Haushalte gegenüber.

Mehr als ein Viertel aller ausländischen Haushalte wenden mehr als 40% des gesamten Haushaltseinkommens für die Miete auf. Der Anteil deutscher Haushalte mit einer derart hohen relativen Mietbelastung ist etwas geringer (21,2%).

Befragt nach der **Zufriedenheit mit der Wohnsituation** antworteten 1999 in Westdeutschland ausländische etwas negativer als deutsche Haushalte: Gemessen auf einer 11-stufigen Zufriedenheitsskala liegt der Durchschnittswert für deutsche Haushalte bei insgesamt 7,7 Punkten, der für ausländische Haushalte bei 7,0 Punkten. Ursachen für die geringere Zufriedenheit bei Ausländern können zu kleine und/oder zu schlecht ausgestattete Wohnungen oder auch eine Gettoisierung einzelner Gruppen in bestimmten Wohngebieten sein.